

# Die Totenglocken der US-Demokratie

## Trumps große Lüge und der Durchmarsch der religiösen Rechten

Von **Annika Brockschmidt**

Auf den Transparenten stand „Jesus rettet“, christliche Flaggen wehten im Wind, „God, Guns and Guts made in America, let’s keep all three“ lautete eine Parole. Eine Menschengruppe betete laut, versammelt um ein großes Holzkreuz, die Köpfe geneigt. Viele von ihnen gehörten zu derselben Menge, die später mit Fahnenstangen auf Polizisten einprügelte, sie mit Bärenspray angriff und die Fenster des Kapitols einwarf. Einige machten sich mit „Hängt Mike Pence!“-Rufen auf die Suche nach dem Vizepräsidenten – der Galgen stand draußen schon bereit. In Amerika und weltweit verfolgten Menschen den Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 live vor dem Fernseher, bei dem ein bewaffneter Mob, aufgestachelt vom damaligen Präsidenten Donald Trump, einigen republikanischen Politikern und Aktivisten, die Capitol Police überwältigte und stundenlang das Kapitol besetzte, jenes Gebäude, das wie kein zweites die amerikanische Demokratie symbolisiert. Bei aller Unübersichtlichkeit der Lage fiel auf, wie häufig die Kombination christlicher Symbole mit solchen der White-Supremacy-Bewegung war. Dieser Schulterchluss sorgte bei vielen Zuschauern für Verwirrung: Weshalb marschierten hier betende Menschen neben radikalen Nationalisten und Rassisten, um Politikern nach dem Leben zu trachten?

Es handelte sich hierbei nicht um Zufall, sondern um eine seit langem geschmiedete Allianz. Der christliche Nationalismus, den man am 6. Januar beobachten konnte, tauchte nicht erst mit Trump auf der politischen Bühne auf. Bei näherem Hinsehen war es auch wenig überraschend, dass Rassismus das verbindende Element zwischen der religiösen Rechten und White Supremacists darstellte: Schon während der Anfänge der organisierten modernen religiösen Rechten in den 1960er Jahren war Rassismus die treibende Kraft.

Die Spur des christlichen Nationalismus zieht sich durch die amerikanische Geschichte. So politisch einflussreich wie heute konnte er allerdings nur durch eine straff organisierte religiöse Rechte werden. Unter dem Begriff versammelt sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen. Sie

\* Dieser Beitrag basiert auf dem Buch der Autorin, „Amerikas Gotteskrieger. Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet“, das jüngst im Rowohlt Verlag erschienen ist.

erkennen die Trennung von Kirche und Staat nicht an, sondern träumen davon, Amerika für Gott „zurückzugewinnen“, die christliche und amerikanische Identität sind für sie untrennbar miteinander verbunden. Anhänger der religiösen Rechten streben eine Gesellschaftsordnung an, in der Gott nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in politischen Institutionen und Gesetzen präsent ist. Sie wollen ein Amerika, in dem konservative Christen alle säkularen Institutionen des Landes besetzen und diese nach ihrem Verständnis im Sinne Gottes leiten.<sup>1</sup> Es geht um die Durchdringung der Gesellschaft in all ihren Bereichen, sei es in der Politik oder im Kulturbetrieb, in der Justiz, im Bildungssystem oder in den Medien. Um ihr Ziel einer durch und durch christlichen Nation zu erreichen, baute die religiöse Rechte in den letzten Jahrzehnten ein hocheffizientes Netzwerk aus Medienimperien, Kirchen, Organisationen und Lobbygruppen auf, dessen erfolgreiche Wählermobilisierung ihnen langsam, aber sicher den Weg ins Machtzentrum von Washington ebnete.

Wer die aktuelle politische Situation in den USA verstehen will, muss die Denkmechanismen der religiösen Rechten, das Knäuel aus Kulturkampf, Ideologie, Apokalypse-Sehnsucht, Verschwörungsgedanken und Macht entwirren. Diese Verbindungen haben dazu geführt, dass es ein Kandidat wie Trump ins Weiße Haus geschafft hat – und dass auch nach dessen Amtszeit eine straff organisierte Bewegung die demokratischen Grundprinzipien der Vereinigten Staaten systematisch untergräbt. Trump war nicht das Ende. Längst besitzen die religiösen Hardliner eine landesweite politische Infrastruktur, die eingespielt ist und schnell reagieren kann. Bereits seit mehreren Jahrzehnten ist die religiöse Rechte zu einem Powerplayer der amerikanischen Politik geworden, dessen hartnäckige Beständigkeit selbst amerikanische Polit-Profis überrascht zu haben scheint. Immer wieder veröffentlichten Medien Nachrufe auf die religiöse Rechte. Jedes Mal lagen sie falsch.

Der christliche Nationalismus wie auch die religiöse Rechte in den USA sind zutiefst politisch, mit realen Machtambitionen und dank Großspendern mit scheinbar unerschöpflichen finanziellen Mitteln gesegnet. Die moderne religiöse Rechte hat es durch geschickte politische Themensetzung in den Kulturkämpfen geschafft, frühere Konflikte zwischen Konfessionen zu überwinden und ihre Basis zu einem effektiven Wählerblock zu formieren.

Das Bedürfnis nach einem stark auftretenden, rassistische Ressentiments bedienenden Anführer, der es „den Linken“ mal so richtig zeigt und die angeblich christliche Identität des Landes bewahrt, indem er klare Grenzen zwischen „wahren“ und „falschen“ Amerikanern zieht, ist auch nach Trumps Niederlage 2020 noch vorhanden, vielleicht sogar stärker denn je. Die Basis scheint noch motivierter als zuvor, der Einfluss des Trumpismus auf die Republikanische Partei ist ungebrochen – auch wenn unklar ist, wie die Zukunft Trumps selbst aussieht. Unabhängig von seiner Rolle in der Republikanischen Partei – sein Erbe, die „große Lüge“ von der gestohlenen Wahl, wird bleiben und die Basis motivieren. Das zeigte sich mustergültig im

1 Sara Diamond, *Spiritual Warfare. The Politics of the Christian Right*, Boston 1989, S. 138.

Mai 2021, als die Mehrheit der Republikaner im Kongress erneut offenbarte, dass sie sich von der Realität verabschiedet hatte. Nur 35 republikanische Mitglieder des Repräsentantenhauses und sechs republikanische Senatoren stimmten für die unabhängige Untersuchung der Attacke auf das Kapitol.<sup>2</sup> Das führte bei politischen Beobachterinnen und Beobachtern zu Fassungslosigkeit – wie konnten die Männer und Frauen, deren Leben Trump in Gefahr gebracht hatte, ihn nicht zur Rechenschaft ziehen? Der entscheidende Faktor hierfür war ein jahrzehntelanger Prozess der Radikalisierung. In Bezug auf den 6. Januar habe sich gezeigt, „dass man viel weiter dabei gehen kann, in den Vereinigten Staaten an die Macht zu gelangen, als man es je für möglich gehalten hätte“, analysiert der Faschismus-Experte Jason Stanley.<sup>3</sup>

### Die Macht des Mythos von der »verlorenen Amtszeit«

Die Ablehnung der Realität durch eine der beiden großen Parteien ist ein böses Omen für die Zukunft der amerikanischen Demokratie. Der Mythos vom *Lost Term*, der „verlorenen Amtszeit“ Trumps, gewinnt immer mehr an Macht. Auf einer QAnon-Veranstaltung forderte Trumps ehemaliger Sicherheitsberater und General Michael Flynn einen Militärputsch nach dem Vorbild Myanmars – auf derselben Konferenz trat auch der republikanische Abgeordnete Louie Gohmert auf.<sup>4</sup> Spätestens Liz Cheneys Abwahl aus ihrer Führungsposition in der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus hat deutlich gemacht, dass der Lackmus-Test für Republikaner nicht mehr ist, wie konservativ sie sind, sondern ob sie sich Trumps „alternativer Realität“ verschrieben haben.

Es gibt auch scheinbar keine Berührungängste mehr mit der extremen Rechten: Steve Bannon forderte in seinem Podcast die Enthauptung des Chef-Virologen Anthony Fauci. Derlei Aussagen führen in der heutigen Republikanischen Partei jedoch nicht mehr dazu, zur *persona non grata* zu werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine andere Personalie: Elise Stefanik wurde im Mai 2021 zur Nachfolgerin von Liz Cheney im Fraktionsvorstand der GOP im Repräsentantenhaus gewählt. Kurz zuvor hatte sie noch in Steve Bannons Podcast Trumps Lüge vom Wahlbetrug befeuert.

Die republikanische Partei bereitet sich auf eine Zukunft vor, in der sie auch die nächste Präsidentschaftswahl verlieren könnte – das Narrativ macht eine erneute Leugnung der Fakten möglich. Die Totenglocken der amerikanischen Demokratie läuten spätestens, seitdem die einzelnen Bundesstaaten begonnen haben, die Lüge vom Wahlbetrug durch Gesetzgebung zu institutionalisieren und ihren Einfluss auf ihre Wahlmänner und -frauen sowie ihre Wahlbeamten auszuweiten. Doch auch schon davor zeugten die erleichterten Stimmen, die Demokratie habe dem Angriff standgehalten, von gera-

2 Allison Pecorin und Libby Cathey, Senate Republicans use filibuster to kill Jan. 6 commission, [www.abcnews.go.com](http://www.abcnews.go.com), 18.5.2021.

3 Sean Illing, American fascism isn't going away, [www.vox.com](http://www.vox.com), 29.1.2021.

4 Maggie Astor, Michael Flynn suggested at a QAnon-affiliated event that a coup should happen in the U.S., [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com), 1.6.2021.

dezu atemberaubender Naivität. „Die Institutionen haben gehalten‘ ist ein wirklich schlechtes Argument. Sie haben gerade so gehalten. Wenn man sich auf neun ungewählte Menschen in ulkigen Roben verlassen muss, ist das nicht wirklich eine gesunde Demokratie“, bemerkte Timothy Snyder und bezog sich damit auf den Obersten Gerichtshof.<sup>5</sup> Nach Bidens Inauguration bezweifelten einige Stimmen die Parteilichkeit des Obersten Gerichtshofs – denn schließlich habe der Trumps unbeholfene juristische Versuche, gegen die Auszählung von Stimmen in einzelnen Bundesstaaten vorzugehen, scheitern lassen. Diese Argumentation verkennt nicht nur das Ausmaß, in dem die religiöse Rechte Richterposten mit den Ihren besetzt, sondern auch die eigentliche Zielsetzung dieser Strategie. Der Supreme Court hatte keinerlei Absicht, seine Glaubwürdigkeit für Trumps absurde Klagen aufs Spiel zu setzen. Dafür hatte man zu lange gearbeitet, um an diesen Punkt zu kommen – eine Wahlniederlage spielt dabei in der Zeitleiste der religiösen Rechten keine Rolle. Trumps Niederlage und Bidens Inauguration haben den USA eine kurze Atempause im Kampf um die Demokratie verschafft, nicht mehr. Die von Gewalt geprägte Rhetorik der Republikaner hat bereits jetzt reale Folgen: Drohungen gegenüber Mitgliedern des Kongresses sind 2021 um 107 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.<sup>6</sup> Aber wie sieht die Zukunft aus?

„Die Republikaner gewinnen das Repräsentantenhaus und den Senat 2022, teils dank Wählerunterdrückung. Der republikanische Kandidat verliert 2024 das *popular vote* um ein paar Millionen Stimmen und das *electoral vote* um ein paar wenige Staaten. Die Legislativen in den Bundesstaaten behaupten, es handle sich um Betrug, und ändern die Ergebnisse des Electoral College. Repräsentantenhaus und Senat akzeptieren das veränderte Ergebnis. Der unterlegene Kandidat wird Präsident. Wir haben keine ‚demokratisch gewählte Regierung‘ mehr.“<sup>7</sup> Was wie ein Szenario aus einem dystopischen Roman klingt, ist eine realistische Möglichkeit für die Jahre 2022 und 2024, die der Historiker Timothy Snyder skizziert. Es muss nicht so kommen. Und doch ist die Sorglosigkeit, mit der derzeit über solche Expertenwarnungen hinweggegangen wird, beunruhigend. Demokratien werden nicht von einem Tag auf den anderen zerstört. Es ist ein schleichender Erosionsprozess. Schlagzeilen, die noch vor einigen Jahren alle Alarmglocken hätten läuten lassen, scheinen uns heute fast alltäglich. „Ich fühle mich in diesem Frühjahr wie Cassandra“, schreibt Snyder. Es ist kein gutes Zeichen, wenn einer der profiliertesten Historiker im Bereich Faschismus und Autoritarismus merkt, dass seine Warnungen verhallen wie die der verfluchten Wahrsagerin der griechischen Mythologie. Snyder ist nicht der einzige seines Fachs, der Alarm schlägt: Mehr als 100 renommierte Politik-, Sozial- und Geschichtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler haben sich in einem offenen Brief an den Kongress gewandt, in dem sie die Abschaffung des Filibusters fordern – einer Regelung im Senat, die 60 Stimmen von 100 Stim-

5 The Mehdi Hasan Show, Trump Exhibits Authoritarian Behavior After Election Loss, [www.youtube.com](http://www.youtube.com), 16.12.2020.

6 Ruth Ben-Ghiat, The GOP's violent rhetoric could make future elections much more dangerous, [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 7.7.2021.

7 Timothy Snyder, 9/11 and 1/6, [www.snyder.substack.com](http://www.snyder.substack.com), 4.6.2021.

men für die Verabschiedung eines Gesetzes verlangt anstatt einer einfachen Mehrheit – und den Kongress zur Verabschiedung einer nationalen Wahlreform drängen. Nur so könne Manipulation von eigentlichen Wahlverlierern verhindert werden: „Unsere Demokratie steht grundsätzlich auf dem Spiel. Die Geschichte wird beurteilen, was wir in diesem Moment tun.“<sup>8</sup>

### Die blockierte Wahlrechtsreform

Die Zukunft des Filibusters wie der gesamten amerikanischen Demokratie hängt derzeit an den demokratischen Senatoren Joe Manchin und Kyrsten Sinema, deren Stimmen nötig wären, um ihn abzuschaffen oder zu reformieren. Bisher bleiben sie in Abwehrhaltung, was die Wahlrechtsreform angeht. Doch sie sind nicht die einzigen Demokraten, die sich gegen die Abschaffung des Filibusters sträuben – nur die lautesten. Derweil mobilisieren Gruppen der religiösen Rechten wie *Heritage Action*, *Family Research Council*, *Tea Party Patriots Action* und *FreedomWorks* ihre Basis, um Druck auf die Senatsmitglieder auszuüben, etwa als sie im März 2021 eine Demonstration ihrer Mitglieder vor dem State Capitol von West Virginia organisierten und diese teils aus anderen Bundesstaaten in Bussen dorthin transportierten.<sup>9</sup>

Und auch die von den Gebrüdern Koch finanzierte Organisation *Americans for Prosperity* verstärkt den Druck auf Manchin, indem sie Werbeanzeigen schaltet.<sup>10</sup> Schon im Januar hatte ein Mitarbeiter von Mitch McConnell mit Vertretern von solchen sogenannten *Dark-Money*-Gruppierungen eine Telefonkonferenz abgehalten, um das weitere Vorgehen gegen die von den Demokraten vorgelegte Wahlrechtsreform zu besprechen. Ihr Problem: Die Umfragen würden leider zeigen, dass das Gesetz bei Demokraten und Republikanern beliebt sei.<sup>11</sup> Die neue Strategie sah deshalb vor, das Gesetz als „linksradikal“ zu brandmarken und einzelne demokratische Senatoren direkt unter Druck zu setzen. Mit Erfolg – Manchin schrieb im Juni 2021 einen Gastbeitrag in der „Charleston Gazette-Mail“, in dem er bekräftigte, den Filibuster nicht abschaffen und gegen den For the People Act, die demokratische Wahlreform, stimmen zu wollen.<sup>12</sup> Heritage Action hat nach eigenen Angaben zehn Mio. Dollar in seine Kampagne gegen die Wahlreform investiert, die sich auf acht Swing States für die Midterm-Wahlen konzentriert.<sup>13</sup> Auf ihrer Webseite findet sich zudem eine Argumentationsliste gegen

8 Statement of Concern: The Threats to American Democracy and the Need for National Voting and Election Administration Standards, [www.newamerica.org](http://www.newamerica.org), 1.6.2021.

9 Nick Surgey, Right wing groups to hold rally this weekend targeting Senator Manchin on HR1 and filibuster reform, [www.substack.documented.net](http://www.substack.documented.net).

10 Brian Schwartz, Joe Manchin is opposing big parts of Biden's agenda as the Koch network pressures him, [www.cnbc.com](http://www.cnbc.com), 8.6.2021.

11 Jane Mayer, Inside the Koch-Backed Effort to Block the Largest Election-Reform Bill in Half a Century, [www.newyorker.com](http://www.newyorker.com), 29.3.2021.

12 Joe Manchin, Why I'm voting against the For the People Act, [www.wvgazetteemail.com](http://www.wvgazetteemail.com), 6.6.2021.

13 Vgl. Heritage Action Launches Election Integrity Campaign, Commits Over \$10Million, [www.heritageaction.com](http://www.heritageaction.com), 8.3.2021; David Kotch und David Armiak, Right-Wing Groups Unite in Campaign Against Bill to Improve U.S. Democracy, [www.exposedbycmd.org](http://www.exposedbycmd.org), 24.3.2021.

das Gesetz, die Aktivisten und Politiker zu Rate ziehen können.<sup>14</sup> Jessica Anderson, Präsidentin von Heritage Action, prahlte auf einer Konferenz mit dem Erfolg ihrer Aktivitäten für Wahlrechtsbeschränkungen in Iowa: „Wir haben still mit der Legislative in Iowa zusammengearbeitet. Wir haben ihnen die bewährten Methoden gegeben. Wir haben geholfen, die Gesetze zu entwerfen. Wir haben sichergestellt, dass Aktivisten die Abgeordneten angerufen haben, Unterstützung gegeben haben, bei öffentlichen Anhörungen aufgetaucht sind, ihr Zeugnis abgelegt haben. [...] Wenig Trara. Ehrlich, niemand hat es überhaupt bemerkt. Mein Team und ich haben uns angeschaut und gesagt: ‚Es kann doch nicht so einfach sein.‘“<sup>15</sup>

Ein weiterer entscheidender Geldgeber in Sachen Unterhöhnung des Vertrauens der Bevölkerung in die Integrität von Wahlen ist die bisher weitgehend unbekannt *Lynde and Harry Bradley Foundation*. Harry Bradley war wie Fred Koch ein Gründungsmitglied der verschwörungsgläubigen *John Birch Society*. Die von ihm gegründete gemeinnützige und daher steuerfreie Stiftung hat seit 2012 18 Mio. Dollar in andere konservative Organisationen gesteckt, die sich mit der Änderung des Wahlrechts zugunsten der Republikaner beschäftigen, darunter ALEC und das *State Policy Network*. Insgesamt verfügt die Stiftung über etwa 850 Mio. Dollar.<sup>16</sup> Laut der *Dark-Money-Expertin* Jane Mayer hat sich die Bradley Foundation in den letzten Jahren und Jahrzehnten als „außergewöhnliche Kraft“ darin etabliert, „Mainstream-Republikaner davon zu überzeugen, radikale Herausforderungen gegen die Wahlregeln zu unterstützen“.<sup>17</sup> Präsident Joe Biden hat die Bemühungen der Republikaner, Wählerrechte zu beschränken, als „unamerikanisch“ verurteilt und jüngst auch Manchin und Sinema namentlich erwähnt.<sup>18</sup> Doch die Frage ist, wie viel Druck die Regierung gegenüber ihren beiden Ausreißern ausüben will – und kann. Ohne eine Wahlrechtsreform, die parteiisches *Gerrymandering* und Wahlrechtsbeschränkungen verbietet und die den Zugang zur Stimmabgabe erleichtert, statt ihn zu erschweren, und die Black and People of Color (BPOC) vor Diskriminierung schützt, ist die Perspektive für die Demokraten 2022 ungewiss, von 2024 ganz zu schweigen. Denn ohne Wahlreformen müssten sie eine gewaltige Menge von Wählerinnen und Wählern mobilisieren, um Senat und Repräsentantenhaus zu halten. Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem Kalten Bürgerkrieg, so der Religionswissenschaftler Bradley Onishi: „Unsere Kultur und Politik sind so gespalten, dass es sich anfühlt, als würden zwei Länder in einem Raum existieren. Es ist ein ‚Kalter‘ Krieg, weil es bisher nicht zu weit verbreiteter Gewalt gekommen ist, aber es gibt Warnzeichen aus 2020, die auf steigende Unruhe hindeuten.“<sup>19</sup> Ein drastisches Bild, das doch die Lage treffend zusammenfasst.

14 Issue Toolkit: Save Our Elections, [www.heritageaction.com](http://www.heritageaction.com).

15 Ari Berman und Nick Surgey, Leaked Video: Dark Money Group Brags About Writing GOP Voter Suppression Bills Across the Country, [www.motherjones.com](http://www.motherjones.com), 13.5.2021.

16 Murtaza Hussain, Secret Donors to Nonprofit Pushing Trump's ‚Big Lie‘ Election Conspiracy Revealed, [www.theintercept.com](http://www.theintercept.com), 7.8.2021.

17 Jane Mayer, The Big Money Behind the Big Lie, in: „The New Yorker“, 2.8.2021.

18 Stephen Collinson, Biden slams GOP vote-restriction bills as ‚sick‘ and ‚un-American‘ while Georgia moves to suppress the vote, [www.edition.cnn.com](http://www.edition.cnn.com), 25.3.2021.

19 Onishi im Austausch mit der Autorin, 3.7.2021.

Ein anderer Krieg wird derweil längst offen ausgefochten: Der um die Geschichte, um das Fundament der amerikanischen Gegenwart. Präsident Biden hielt am 1. Juni 2021 – an dem sich das Tulsa-Massaker, bei dem Hunderte BPoC von einem weißen Lynchmob getötet wurden, zum 100. Mal jährte – eine historische Rede.<sup>20</sup> Er nutzte das Rednerpult des Präsidenten, um ein Verbrechen in der Geschichte der USA zu thematisieren, von dem viele weiße Amerikaner noch nie etwas gehört haben dürften.<sup>21</sup> „Es war kein Aufstand, es war ein Massaker“, verkündete Biden und legte dar, wie die Gewalt und Zerstörung nicht nur Menschenleben kostete, sondern auch die nachfolgenden Generationen zu einem Leben in Armut verdammt, nachdem ihr Besitz, ihre Existenzgrundlagen vernichtet worden waren in einem Rausch der White Supremacy.<sup>22</sup> Bidens Rede war jedoch mehr als eine Geschichtslektion: Sie war eine Kampfansage an die Bemühungen der Republikaner, auf Bundesstaatsebene den Geschichtsunterricht zu beeinflussen. Der Präsident positionierte sich klar gegen Ansätze, die das Aufzeigen von systemischem Rassismus verbieten wollen.

### Umkämpfte Geschichte

In Oklahoma selbst wurde kurz vor dem Jahrestag des Tulsa-Massakers das „1775 Gesetz“ verabschiedet. Es löste bei Lehrenden und Beobachtenden Entsetzen aus, denn Oklahomas Geschichte ist geprägt von Lynchmorden, Terror und Gewalt gegen BPoC und der Enteignung der indigenen Bevölkerung – das dürfe im Klassenzimmer nicht totgeschwiegen werden. Doch genau darauf zielt das Gesetz ab.<sup>23</sup> Ähnliche Gesetze wurden derweil in Tennessee, Texas und Idaho verabschiedet – zahlreiche weitere sind in anderen Bundesstaaten bereits auf dem Weg.<sup>24</sup> Ein gemeinsamer Nenner dieser Gesetze, die an restriktive „Erinnerungs-Gesetze“ in autoritären Staaten erinnern, ist der Fokus auf Gefühle, analysiert Timothy Snyder. Keine Inhalte des Unterrichts dürften zu „Unbehagen, Schuldgefühlen, Schmerz und anderen Formen von psychologischer Bedrängnis auf der Basis der *race* oder des Geschlechts des Individuums“ führen. Ein fataler Ansatz, mit Geschichte umzugehen, denn, wie Snyder schreibt: „Geschichte ist keine Therapie.“<sup>25</sup>

Auf Bundesstaatsebene setzt die religiöse Rechte außerdem ihre Angriffe auf die Rechte von LGBTQIA\*-Menschen fort, beispielsweise durch Gesetze, die die Rechte von Trans-Erwachsenen und -Jugendlichen beschränken. Und auch rechte Medien haben ihre Anti-trans-Rhetorik deutlich verstärkt:

20 Remarks by President Biden Commemorating the 100th Anniversary of the Tulsa Race Massacre, [www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov), 1.6.2021; Statement by President Joe Biden on Texas Senate Bill7, [www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov), 29.5.2021.

21 Jennifer Rubin, Why we'll remember Biden's Tulsa speech, [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 2.6.2021.

22 Vgl. [www.tulsaohistory.org/exhibit/1921-tulsa-race-massacre](http://www.tulsaohistory.org/exhibit/1921-tulsa-race-massacre).

23 Kathryn Schumaker, What is critical race theory and why did Oklahoma just ban it?, [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 19.5.2021.

24 Char Adams, Allan Smith und Aadit Tambe, Map: See which states have passed critical race theory bills, [www.nbcnews.com](http://www.nbcnews.com), 17.6.2021.

25 Timothy Snyder, The War on History Is a War on Democracy, [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com), 29.6.2021.



„Fox News“ hat in den ersten drei Monaten nach Bidens Amtsübernahme so viele Anti-LGBTQIA\*-Sequenzen gezeigt wie in 2020 und 2019 zusammengekommen. Vertreter der *Alliance Defending Freedom* wurden ganze 16 Mal als Experten in „Fox News“-Shows eingeladen.<sup>26</sup> Die Argumentation gegen Trans-Menschen folgt demselben Muster, wie man es häufig in faschistischen Bewegungen findet: Eine scheinbare Bedrohung für „die Kinder“ wird orchestriert, um die Angst zu schüren, dass Linke und „Marxisten“ die Macht an sich reißen wollen. Das wird als vorgeschobener Grund benutzt, um restriktive Gesetze zu verabschieden.

Die Vertreter der religiösen Rechten fühlen sich durch den Obersten Gerichtshof (SCOTUS) ermutigt. Und sie haben allen Grund dazu: Der SCOTUS hat an seinem letzten Tag vor der Sommerpause 2021 eine Reihe von Urteilen veröffentlicht, die der US-Demokratie einen herben Schlag versetzt haben. Zum einen beschied das Gericht mit einer 6:3-Mehrheit, dass die Wahlrechtsbeschränkungen im Swing State Arizona verfassungskonform seien. Das Urteil stellt eine weitere Aushöhlung des Voting Rights Acts von 1965 dar. Laut dem SCOTUS verstoßen Gesetze, die eindeutig bestimmte Bevölkerungsgruppen diskriminieren, nur dann gegen die Verfassung, wenn sie auch eindeutig in dieser Absicht verfasst wurden. Es ist ein Meilenstein bei dem jahrzehntelangen Bestreben der *Federalist-Society*-Fraktion des SCOTUS, das amerikanische Wahlrecht zu unterwandern. John Roberts, der so gern als „moderater“ Konservativer genannt wird, hatte für diese Fraktion bereits 2013 einen bedeutenden Sieg errungen, als das Gericht unter seiner Führung im Fall *Shelby County v. Holder* beschloss, dass Bundesstaaten eine Änderung ihres Wahlrechts nicht mehr vom Bund genehmigen lassen müssen. Er setzte damit eine Regelung außer Kraft, die rassistischen Wahlrechtsbeschränkungen in der Vergangenheit einen Riegel vorgeschoben hatte. Die konservative Mehrheit argumentierte, dass Amerika nicht mehr rassistisch genug sei, um einer solchen Regelung zu bedürfen.<sup>27</sup> Die Logik war absurd, wie Ruth Bader Ginsburg in ihrem *Dissent* deutlich machte: „[Diese Regelung] abzuschaffen, obwohl sie funktioniert hat und es immer noch tut, [...] ist, wie seinen Regenschirm in einem Regenschirm wegzuwerfen, weil man nicht nass wird“, schrieb sie.<sup>28</sup>

Der SCOTUS hat diese Aushöhlung des Voting Rights Acts nun fortgesetzt. In 48 Bundesstaaten wurden bis Ende Mai 2021 bereits 389 Gesetze zur Wahlrechtsverschärfung vorgestellt, die das Wählen vor allem für BPoC schwieriger machen. Bis zum 21. Juni 2021 hatten mindestens 17 Staaten 28 solcher Gesetze bereits verabschiedet.<sup>29</sup> Die Organisationen *States United Democracy Center*, *Protect Democracy* und *Law Forward* melden mindestens

26 Alex Paterson, Post-Trump Fox News is a hotbed of anti-LGBTQ extremism, [www.mediamatters.org](http://www.mediamatters.org), 11.5.2021.

27 Vann R. Newkirk II, How Shelby County v. Holder Broke America, [www.theatlantic.com](http://www.theatlantic.com), 10.7.2018; Ian Millhiser, Chief Justice Roberts's lifelong crusade against voting rights, explained, [www.vox.com](http://www.vox.com), 18.9.2018.

28 Supreme Court of the United States, 33 S. Ct. 2612 (2013), *Shelby County, Alabama (Petitioner) v. Eric H. Holder Jr. (Attorney General)*, Nr. 12–96, entschieden am 25.6.2013.

29 Voting Laws Roundup: March 2021, [www.brennancenter.org](http://www.brennancenter.org), 1.4.2021; Voting Laws Roundup: May 2021, [www.brennancenter.org](http://www.brennancenter.org), 28.5.2021.



216 Gesetze in 41 Staaten, die der Legislative deutlich mehr Macht in Bezug auf die Durchführung von Wahlen einräumen würden – 24 davon sind bereits verabschiedet worden. Darin oft inbegriffen: die Entmachtung lokaler Wahlbeamter, die sich im November 2020 nicht von Trumps Druck einschüchtern ließen.<sup>30</sup> Die effektive Beschränkung der Wahlrechte von BPoC und die restriktiven „Erinnerungs-Gesetze“ gehen Hand in Hand: Wer die Geschichte der Unterdrückung der Stimmen von BPoC in der Vergangenheit der USA nicht kennt, wird es schwerer haben, sie in der Gegenwart zu erkennen.<sup>31</sup>

### Der lange Atem der religiösen Rechten

Die nächsten Monate werden zeigen, ob Demokraten der eingespielten Infrastruktur des republikanischen Basis-Aktivismus etwas Effektives entgegensetzen können und ob die Biden-Regierung die demokratischen Senatoren Manchin und Sinema und weitere Zweifler in ihren Reihen überzeugen kann, den Filibuster abzuschaffen, der momentan die Verabschiedung einer umfassenden Wahlreform im Senat verhindert.

Gleichzeitig werden zum ersten Mal überhaupt die Stimmen der sogenannten *Exvangelicals* in der amerikanischen Presse wahrgenommen, die seit Jahren vor den autoritären Zügen des weißen Evangelikalismus warnen, weil sie ihn selbst erfahren haben. Eine neue Generation von evangelikalen und christlichen Forschenden ist bereit, die Geschichte des Evangelikalismus neu zu schreiben, ohne sich von der eigenen Voreingenommenheit leiten zu lassen. Das gelingt nicht immer, ist aber ein begrüßenswerter Ansatz. Seit dem Angriff auf das Kapitol wird Journalistinnen und Forschern, die sich seit Jahren mit christlichem Nationalismus beschäftigen, in der amerikanischen Medienlandschaft mehr Gehör geschenkt – auch wenn die Mehrheit nach wie vor die massive Bedrohung der amerikanischen Demokratie durch die religiöse Rechte verkennt.<sup>32</sup> Die Lüge vom Wahlbetrug liefert Wahlverlierern die Rechtfertigung, Macht außerhalb der demokratisch vorgesehenen Prozesse an sich zu reißen. War eine solch offen autoritäre, extreme Ideologie in der Republikanischen Partei in der Vergangenheit noch nicht mehrheitsfähig, ist sie es spätestens jetzt geworden. Barry Goldwater rief 1964 Extremismus zur Tugend und Moderation zur Sünde aus. Er verlor seine Wahl – doch mehr als fünfzig Jahre später sind die Republikaner genau an diesem Punkt angelangt.

In den USA werden in den nächsten Jahren einige zentrale Entscheidungen getroffen, die den Lauf der Geschichte dieses auch für Deutschland so wichtigen Landes prägen werden. Die Midterm-Wahlen im November 2022 werden entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Biden-Regierung sein. Sollten die Republikaner die Mehrheiten im Repräsentantenhaus und Senat zurückgewinnen (was für die Oppositionspartei nicht untypisch wäre),

30 Memorandum: Democracy Crisis Report Update: New Data and Trends Show the Warning Signs Have Intensified in the Last Two Months, [www.statesuniteddemocracy.org](http://www.statesuniteddemocracy.org), 10.6.2021.

31 Snyder, *The War on History Is a War on Democracy*, a.a.O.

32 Whitehead Perry, *Christian Nationalism Talks Religion, But Walks Fascism*, [www.religioninpublic.blog](http://www.religioninpublic.blog), 5.2.2020.

werden sie alle Vorhaben der Demokraten blockieren, das hat der republikanische Minderheitsführer Mitch McConnell bereits verkündet. Wenn die Demokraten es nicht schaffen, den Filibuster abzuschaffen, wird es ihnen kaum gelingen, eine umfassende Wahlreform zu verabschieden und republikanische Bestrebungen der Wählerunterdrückung zu unterbinden. Für die Republikaner gibt es unterdessen keinerlei Grund mehr, nach 2020 noch Wahlniederlagen anzuerkennen. Sie können auf breite Unterstützung ihrer Wählerschaft und des Netzwerks der religiösen Rechten unter dem organisatorischen Dach des *Council for National Policy* zählen, wodurch es jetzt schon gelungen ist, die Lüge vom Wahlbetrug zu einem festen Bestandteil der republikanischen Agenda zu machen. Abweichler wie die erzkonservative Liz Cheney werden abgewählt.

Noch ist unklar, ob Trump 2024 wieder antritt. Durch die Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens gegen ihn scheint er zunächst in die Ecke gedrängt. Doch juristische Expertinnen und Experten warnen, dass eine Kandidatur trotz einer laufenden Anklage verfassungsmäßig möglich ist.<sup>33</sup> Gleichzeitig dürfte die Aussicht auf Straffimmunität im Falle einer zweiten Amtszeit ein mächtiger Anreiz für Trump sein, erneut zu kandidieren. Genauso gut ist es möglich, dass er sich in der Rolle als Königsmacher gefällt. Die religiöse Rechte bleibt derweil geduldig. Sie hat einen langen Atem und wird sich erst auf einen Kandidaten festlegen, wenn das Machtspiel entschieden ist. Die Entscheidung ist noch nicht absehbar, zu viel befindet sich noch in der Schwebe. Doch klar ist: Die religiöse Rechte wird eine wesentliche Rolle spielen.

Und auch wenn die Zahl weißer Evangelikaler in den USA nominell zurückgeht, wäre es ein schwerer Fehler, sich deswegen in Sicherheit zu wiegen. Der Soziologe Andrew Whitehead befürchtet, diese demographische Entwicklung könnte der Bewegung sogar Auftrieb verschaffen: „Die Angst, ‚ihr Land‘ zu verlieren, wird sie in zukünftigen Wahlen mobilisieren. Und da diese Gruppe älter und weißer ist als Amerika als Ganzes, gehen mehr von ihnen wählen. Das bedeutet, dass ihr Einfluss auf die Politik in den USA ihre numerische Zahl bei weitem übersteigen wird.“<sup>34</sup> Dabei ist die Gefahr des christlichen Nationalismus nicht an die Personalie Trump gebunden: Weitere Politikerinnen und Politiker werden sich seiner bedienen, um ihre Basis zu mobilisieren. Während die politische Berichterstattung also bereits um die Personalien für 2024 rätselt, denken Vertreterinnen und Vertreter der religiösen Rechten nicht in Wahlzyklen. Ihre Mission ist auf Jahrzehnte, wenn nicht sogar auf Jahrhunderte ausgerichtet. Als Bewegung verfügt sie über die Infrastruktur, die ihren Gegenspielern fehlt – eine gut geölte Maschine, dank derer sich die Republikanische Partei zum politischen Arm der religiösen Rechten entwickelt hat. Ob Sieg oder Niederlage – 2022 und 2024 sind für diese Bewegung nur kleine Zwischenstationen auf dem Weg zu einem christlich-nationalistischen Amerika.

33 David Jackson, If Donald Trump faces criminal charges, analysts doubt it will hurt him with his base in 2024, [www.eu.usatoday.com](http://www.eu.usatoday.com), 22.5.2021.

34 Andrew Whitehead im Austausch mit der Autorin am 29.6.2021.